

## WIE'S DIE ANDEREN MACHEN

### Reorganisierung der englischen Kohlen - Korporation

Als in England nach dem Krieg für die in Gemeineigentum zu überführenden Wirtschaftszweige öffentliche Körperschaften gegründet wurden, die in ihrer Geschäftsführung weitgehende Selbständigkeit erhielten, war vorgesehen, daß die Regierung alle paar Jahre eine aus Sachverständigen zusammengesetzte Kommission einsetzen sollte, die die Arbeitsergebnisse prüfen und unter Umständen Abänderungsvorschläge machen sollte. Dafür sprachen zwei gewichtige Gründe: Das Prinzip, auf alle Fälle eine staatsbürokratische Verwaltung zu vermeiden, enthob die Regierung ja nicht der Verantwortung für die nationalisierten Korporationen; auch war es Sache des zuständigen Ministers, die leitenden Persönlichkeiten, die den Vorstand (Board) bildeten, zu ernennen und gegebenenfalls für einen Wechsel zu sorgen. Sodann stellte der Übergang einer großen Zahl privater Unternehmen in einen Riesenkonzern von noch nicht dagewesenen Ausmaßen ein völlig neues Novum dar; vieles hatte Versuchscharakter, und es war damit zu rechnen, daß manches anders organisiert werden mußte.

Die für die Kohlenindustrie zuständige Kommission hat ihre Aufgabe nach einjähriger Arbeit beendet und im Februar ihren Bericht vorgelegt, auf Grund dessen der Brennstoffminister *Lloyd* sofort die von ihr empfohlenen Änderungen in der Zusammensetzung der „Boards“ vorgenommen hat.

Die Kommission hielt 26 Sitzungen ab, sie besuchte die neun regionalen Abteilungen des National Goal Board (NCB) und eine große Zahl der 48 Unterabteilungen und führte eingehende Besprechungen mit den Leitern und Direktoren der Zechen sowie mit Vertretern der Belegschaften und der Gewerkschaften. Die fünfköpfige Kommission hatte sich aus ihrer Mitte den Generaldirektor des großen Chemiekonzerns ICI, *Dr. Fleck*, zum Vorsitzenden gewählt; außerdem gehörten ihr an: *Bill Lawther*, der bisherige Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, zwei Großindustrielle und ein Bücherrevisor — eine Zusammensetzung also, bei der sich keine Voreingenommenheit zugunsten sozialisierter Betriebe auswirken konnte. Die Person Flecks ist in diesem Zusammenhang besonders interessant. Die ICI ist nicht nur der größte privatwirtschaftliche Konzern Englands, Dr. Fleck nicht nur der höchstbezahlte Generaldirektor, dieser Konzern führt zur Zeit auch einen heftigen Kampf gegen die Forderungen der Labour-Party, die die Chemieindustrie wegen ihres Monopolcharakters für sozialisierungsreif erklärte. Um so beachtlicher ist, daß der Kommissionsbericht mit der bekannten Behauptung der Gegner der sozialisierten Grundstoffindustrien aufräumt, diese seien mit Verwaltungspersonal überbelastet und kosteten zu viel. Der Bericht stellt das Gegenteil fest. Er empfiehlt eine Vergrößerung der leitenden Körperschaft und erheblich höhere Gehälter. Einleitend heißt es u. a.:

„Die enormen Änderungen, die mit dem Übergang in öffentliches Eigentum, mit der Zusammenfassung unter einer Leitung zusammenhängen, haben Schwierigkeiten ergeben, die

ohne Beispiel sind. Es ist geradezu erstaunlich, was dieser Board, der 1946 eingesetzt wurde, alles geschaffen hat. So wurde die neue Organisation, die nun fast 1000 Zechen umfaßt, die früher etwa 800 Einzelfirmen gehörten, in ein paar Monaten aufgebaut. Jede Kritik, die wir im Laufe dieses Berichtes zu machen haben, darf den Blick nicht von den beträchtlichen Erfolgen ablenken ... In dem Zeitraum vom Ende des ersten Weltkrieges bis zum Ende des zweiten, fehlte es der Industrie an Kapital und an Technikern. Zur Zeit der Nationalisierung war sie größtenteils rückständig ... Die nationalisierte Kohlenwirtschaft — weit über das Land verstreut — ist ein Riesenunternehmen, das 212 Millionen Tonnen fördert, einen Umsatz von über 700 Millionen £ (8,4 Milliarden DM) hat und 700 000 Bergarbeiter, 30 000 Zechenbeamte und 40 000 Angestellte beschäftigt.“

Aus der Darstellung der Kommission ergibt sich folgendes: In dem Prinzip, auch den regionalen Abteilungen größere Selbständigkeit zu belassen, so wenig wie möglich von oben zu dirigieren, war man zu weit gegangen. Die elf Mitglieder des Direktoriums hatten sich damit begnügt, als Kollektiv die allgemeine Aufsicht und Leitung auszuüben. Sie verhielten sich etwa wie ein Kabinett ohne Ressortminister. Keiner von ihnen bearbeitete ein bestimmtes Spezialgebiet. Daher fehlte es an engem Kontakt des „Generalstabes“ mit der „Front“; oben wurden Entscheidungen gefällt, ohne direkte Fühlungnahme mit den Stellen, die am meisten davon betroffen wurden — den Zechen.

Man hofft, daß die Zusammenarbeit von Board und Gewerkschaften zu einer Besserung der Verhältnisse beiträgt. Keineswegs macht man allein der Leitung den Vorwurf, daß auf dem Gebiet der „Human Relations“ nicht alles so ist, wie es sein müßte. Es wird z. B. darauf hingewiesen, daß mit den Gewerkschaften manche Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen getroffen wurde, die dann aber von den Arbeitern einzelner Zechen oder eines Bezirkes nicht eingehalten wurden, was zu Streitigkeiten führte. Konkrete Anregungen, wie eine bessere Verständigung, über die verhandelnden Vertreterkörperschaften hinaus, mit den Belegschaften verwirklicht werden kann, sind in dem Bericht nicht zu finden.

Man wird zugeben müssen, daß die selbstverständliche Forderung nach besseren Kontakten zwischen Leitung und Arbeiterschaft in England auf besonders schwierige Verhältnisse stößt, weil die Kohlenvorkommen weit auseinanderliegen. Daher rührt ja auch das Prinzip der Dezentralisation und der möglichst großen Selbständigkeit für die regionalen Abteilungen. Bei aller Selbständigkeit müssen aber doch die Politik und die Entscheidungen der Spitzenleitung befolgt werden. In dem Bericht ist dargestellt, wie man sich die Beziehungen zwischen dem Vorstand und den regionalen Abteilungen

bis zu den einzelnen Grubenleitungen vorstellt: „Wir begrüßen die Entscheidung, die Leitung möglichst zu dezentralisieren, aber das bisherige Versagen beruht auf einem Mißverständnis dessen, was unter Dezentralisation zu verstehen ist. Die Zuständigkeitsgrenzen müssen klar festgelegt werden. Was oben in der Spitze bestimmt wird, muß auch ausgeführt werden, denn keine Organisation kann erfolgreich arbeiten, wenn die Menschen, die Weisungen nach unten weiterzugeben haben und die für die gesamte Produktionspolitik verantwortlich sind, nicht sicher sein können, daß ihre Anordnungen tatsächlich befolgt werden. Der Board scheint der Auffassung gewesen zu sein, Dezentralisation bedeute, daß er den Bezirksorganisationen und ihren Untergebieten seine Entscheidungen nicht aufzwingen dürfe. Wir sind nicht dieser Meinung.“

Die Kommission forderte eine *sachkundige Ressortverteilung* unter den Mitgliedern des Boards — den Dr. Fleck zudem auf 18 Mitglieder erhöhen möchte. Dem jeweiligen Ressortchef wird dann die Aufgabe zuteil, seinen Wirkungsradius gegebenenfalls bis zur Zeche auszudehnen. Das führt nun zu einer zweiten Forderung.

Als der NCB gebildet wurde, fehlte es an genügend erfahrenen Persönlichkeiten aus der Kohlenwirtschaft, die für die Leitung des Riesenkonzerns geeignet erschienen. Daher wurden zum Teil erfolgreiche Organisatoren und Wirtschaftsführer aus anderen Arbeitsgebieten berufen. Da die Mitglieder des Boards aber sehr genaue Fachkenntnisse in der Kohlenindustrie besitzen sollen, müssen nunmehr alle Posten mit Männern besetzt werden, die in der Kohlenindustrie tätig sind. Diese Forderung der Kommission deckt sich mit dem Wunsch der Gewerkschaften, daß den in einem sozialisierten Wirtschaftszweig Beschäftigten der Aufstieg bis in die höchsten Stellen offen sein muß.

Der Brennstoffminister Lloyd hat sofort nach diesen Vorschlägen gehandelt. Von den sieben vollbeschäftigten Vorstandsmitgliedern traten vier zurück, an ihre Stelle kamen fünf neue, die alle in wichtigen Stellen in der Leitung der regionalen Abteilungen tätig waren. Von den nicht vollbeschäftigten vier Mitgliedern wurden zwei ausgewechselt; der Board besteht nun im ganzen aus zwölf Mitgliedern.

Im Parlament und in der englischen Presse wurden die neuen Maßnahmen begrüßt. Besonders Anklang fand die Ernennung des bisherigen Leiters der nördlichen Abteilung des NCB, *James Bowman*, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes. Dr. Fleck bezeichnete ihn als das hervorragendste Organisationstalent in der Kohlenindustrie. Man nimmt an, daß Bowman im nächsten Jahr Vorsitzender des Board wird. Dann tritt an die Spitze der gesamten Kohlenwirtschaft ein Mann, der als 15jähriger vor etwa 40 Jahren unter Tage ge-

arbeitet hat und sein ganzes weiteres Leben mit der Industrie verbunden war. Denn nach 16jähriger Tätigkeit als Kumpel wurde er Gewerkschaftsfunktionär und stieg in der Bergarbeitergewerkschaft bis zum Vizepräsidenten auf, auch war er Mitglied des Generalrats des TUC. Er wurde 1950 in eine leitende Stellung im NCB berufen, aus der er jetzt in die Spitzenkörperschaft aufstieg. Er hat in seinem begrenzten Wirkungskreis gerade die Fähigkeiten bewiesen, von denen im Kommissionsbericht so eindringlich gesprochen wird: Fachkenntnisse, Führerqualitäten und eine tiefe Verbundenheit mit dem einzelnen Mann in der Grube.

*Bernhard Reichenbach (London)*

### Frankreich: Soziale Neuordnung oder Bluff?

Der Sturz der Regierung *Mendès-France* brachte neue Spannungselemente in das französische Wirtschaftsleben. Die Arbeitnehmerschaft, die mit Vertrauen auf die Einlösung der von dem gestürzten Ministerpräsidenten gegebenen sozial- und lohnpolitischen Versprechungen wartete, ist gegenüber der neuen Regierung, die sich auf reaktionäre Kreise stützen muß, um sich halten zu können, mit Mißtrauen erfüllt, obwohl Ministerpräsident *Edgar Faure* einen sozialpolitischen Dreijahresplan ankündigte, um sporadisches Stückwerk zu verhindern. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben der Regierung bereits sehr deutlich die Gründe ihres Mißtrauens dargelegt.

Der Dreijahresplan Faures wird von den Gewerkschaften keineswegs abgelehnt. Sie betonen aber, daß es jetzt zunächst darauf ankomme, den arbeitenden Kreisen den gerechten Lohn zu gewähren und die Arbeitnehmerschaft zur Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen lohn- und sozialpolitischer Art zu zwingen. In den letzten Monaten haben sich die Produktion und Produktivität bedeutend erhöht. Die Außenhandelsbilanz Frankreichs hat sich günstig entwickelt. Die der Währung drohenden Gefahren haben sich nach offiziellen Angaben wesentlich verringert, obgleich nach wie vor eine vorsichtige Finanz- und Wirtschaftspolitik erforderlich ist, um Rückschläge zu verhindern. Die Unternehmerschaft hat von den wirtschaftlichen Fortschritten des letzten Jahres stark profitiert, für die Arbeitnehmer fielen im gleichen Zeitraum nur Brosamen ab — und die erwarteten strukturellen Wirtschaftsreformen, die eine allgemeine Besserung bewirken und größere soziale Gerechtigkeit schaffen sollten, wurden von den reaktionären Kreisen der Wirtschaft und Politik durch den Sturz der Regierung *Mendès-France* verhindert. Kein Wunder also, wenn die soziale Mißstimmung in diesen Wochen wuchs. Die Regierung wird

sich mit der Erfüllung gegebener Zusagen beilegen müssen, wenn sie eine Wiederholung der wirtschaftsschädigenden Ereignisse des Jahres 1953 vermeiden will. Es ist nicht anzunehmen, daß die Arbeitnehmerschaft im April 1955 auf Leistungen verzichten wird, deren Erfüllung ebenso sehr wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit wie politisches Erfordernis ist.

Die Wünsche der Arbeitnehmerschaft sind weder revolutionär noch bringen sie irgendwelche Gefahren für die weitere günstige wirtschaftliche Entwicklung mit sich. Die Erhöhung des garantierten Mindestlohnes auf 27 000 Franken liegt durchaus im Bereich der Möglichkeiten, die durch die wirtschaftliche Expansion der letzten Jahre geschaffen wurden. Der 18-Monats-Plan des früheren Wirtschaftsministers und jetzigen Ministerpräsidenten konnte innerhalb von zwölf Monaten verwirklicht werden. Der Aufstieg hält an. Die weitere Verringerung der noch bestehenden Lohnzonen ist um so notwendiger als die Lebenshaltungskosten zwischen den verschiedenen Lohnzonen kaum differieren. Eine Steigerung des Lohnanteils am gesteigerten Nationaleinkommen ist eine Forderung sozialer Gerechtigkeit, der sich keine Regierung entziehen darf. So kann die Regierung nur an Ansehen gewinnen, wenn sie diesem Verlangen der Arbeitnehmerschaft Rechnung trägt, ohne es zu sozialen Auseinandersetzungen und Streiks großen Ausmaßes kommen zu lassen. Allerdings wird sie verhindern müssen, daß die Arbeitgeber sich wiederum der Angleichung der Löhne an die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten zu widersetzen versuchen, wie dies mit Erfolg nach der Neuregelung des Mindestlohnes im Oktober 1954 der Fall war. Die Arbeitnehmer erwarten auch die Verwirklichung der längst fälligen und zugesagten Steuerreform, die ihnen einen Teil der unberechtigt auferlegten Lasten abnimmt. Sie betrachten es als unzulässig, daß vier von fünf Kaufleuten und Handwerkern bisher mit Erfolg glaubhaft machen konnten, daß sie 30 vH weniger verdienen als ein mittlerer Angestellter, obwohl ihr Lebensstandard auf Gewinne schließen läßt, die weit über den offiziell zugegebenen liegen müssen. Es ist offensichtlich, daß die Steuerhinterziehung in ihren Kreisen außerordentlichen Umfang angenommen hat, ohne daß es dem Staate bisher gelungen wäre, wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten. Der geduldete Zustand hat eine Bewegung entstehen lassen, die sich staatlichen Steuerkontrollen und der Durchführung staatlicher Sanktionen wegen Nichterfüllung der steuerlichen Verpflichtungen mit illegalen Mitteln widersetzt. Wohl hat die Regierung erklärt, in Zukunft das Vorgehen der Bewegung *Poujade* unterbinden zu wollen. Die Hoffnung auf die Anwendung energischer Bekämpfungsmittel ist aber schwach, weil sich *Poujade* und sein Kreis

bereits starke parlamentarische und politische Sympathien zu sichern wußten.

Stehen diese Fragen gegenwärtig im Vordergrund der Diskussionen, so existieren doch auch noch andere, denen eine nicht minder große Bedeutung für die allgemeine sozialpolitische Entwicklung in Frankreich zukommt. Bei den Versuchen zur Angleichung der Löhne an die veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten machte sich in überaus störender Weise das Fehlen von Schlichtungs-, Vermittlungs- und Schiedsstellen bemerkbar. Es hing vom Gutdünken der Arbeitgeber ab, ob sie sich zu Lohnverhandlungen und zum Abschluß von Kollektivverträgen bereit fanden. In den meisten Fällen mangelte es an der Bereitschaft, weil die Unternehmer die Arbeiterschaft für wenig kampffreudig hielten. In Gewerkschaftskreisen will man keineswegs die Rückkehr zur obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie in den Jahren unmittelbar vor dem Kriege bestand. Man ist aber bereit, bei Sicherung des verfassungsmäßig garantierten Streikrechts, gegebenenfalls Vermittlungsinstanzen zu akzeptieren, deren moralischer Einfluß auf Regierung und Öffentlichkeit seine Wirkungen auf die Arbeitgeberschaft unter Umständen nicht verfehlen würde. Die Diskussionen dauern an und werden durch Pläne der Regierung gefördert.

Zu den jetzt erörterten Fragen gehört auch die Neuordnung der Altersversorgung, eines der trübsten Kapitel der französischen Sozialgesetzgebung. Die seither bestehenden verschiedenen Versorgungssysteme sollen vereinheitlicht werden. Ein Altersfonds soll allen Bevölkerungskategorien einen würdigeren Lebensabend sichern. Mehr als 2 Millionen Franzosen empfangen bis jetzt völlig unzureichende Unterstützungen und Versicherungsleistungen. Die Aufgabe besteht nun in der Freimachung der erforderlichen Milliardensummen. Vielleicht gelingt es, dieser moralischen Verpflichtung im Rahmen der versprochenen Steuerreform gerecht zu werden.

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf Nordafrika. Die freien und christlichen Gewerkschaften Frankreichs beschäftigen sich seit langem mit den sozial- und wirtschaftspolitischen Problemen dieses Gebietes und fordern großzügige Maßnahmen, um der in Not und Elend lebenden Bevölkerung Erleichterung und Zukunftshoffnung zu geben. Sie sind der Überzeugung, daß durch vernünftige Reformen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur einer politischen Bewegung wirksam entgegen gearbeitet werden könne, die unter dem Vorwand, für Souveränität und nationale Befreiung zu kämpfen, den wirtschaftlichen Notstand und das soziale Elend vergrößern. Vor allem komme es jetzt darauf an, die wirtschaftliche Entwicklung in Nordafrika durch umfassende Investitionen und die Selbst-

machung weiter Bevölkerungsschichten zu fördern. Die Industrialisierung Nordafrikas wird von den Gewerkschaften als Notwendigkeit anerkannt. Gleichzeitig wird aber betont, daß unter allen Umständen verhindert werden müsse, daß der Interessentenegoismus französischer Wirtschaftsgruppen aus Nordafrika ein „eigenes und geschlossenes Jagdrevier“ macht. Es komme darauf an, ein umfassendes Programm zweckentsprechender Arbeiten, gestützt auf massive Investitionen, durchzuführen, das weiten Kreisen der in unerträglichen Verhältnissen lebenden Nordafrikaner neue Lebensmöglichkeiten gibt.

*Arthur Riess (Paris)*

### Wirtschaftliche Streiflichter aus Norwegen

Während die kürzlich erfolgte Erhöhung des Diskonts in England von 3 1/2 auf 4 1/2 vH in der europäischen bürgerlichen Presse kaum eine kritische Reaktion auslöste, wurde die Erhöhung des Diskonts in Norwegen von 2 1/2 auf 3 1/2 vH eifrig diskutiert. Die Ursache dieser Haltung ist nicht schwer zu erraten: In England handelt es sich um Maßnahmen einer bürgerlichen konservativen Regierung, während Norwegen, nun seit bald 20 Jahren von einer Arbeiterregierung gesteuert wird, die sogar seit 1945 über eine absolute Mehrheit im Storting (Nationalversammlung) verfügt. Dieselbe Presse, die für die Maßnahmen des konservativen englischen Finanzministers *Butler* volles Verständnis aufbringt, ja ihn sogar wegen seiner vorbeugenden Maßnahmen gegen inflatorische Tendenzen lobt, spricht im norwegischen Falle von einer alarmierenden Krise der Wirtschaft und der Finanzen, von dem Bankrott der sozialistischen Planwirtschaft und ähnlichem mehr.

In Wirklichkeit ähneln sich die Ursachen der Diskonterhöhungen in starkem Maße. Die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten Norwegens finden in erster Linie ihre Erklärung in den Problemen, die in enger Verbindung mit dem außerordentlich hohen Investitionsniveau stehen, das heute höher ist als je zuvor in der Geschichte des Landes. Norwegen hat nach dem Kriege einen größeren Teil der Gesamtproduktion für Investitionszwecke verwandt als irgendein Land in Europa und Nordamerika.

Die gewaltige Expansion in der norwegischen Wirtschaft — geplant und verwirklicht unter der Leitung der Arbeiterregierung — hat dazu geführt, daß heute die Produktion um 56 vH höher ist als vor dem Kriege, der Gesamtverbrauch um etwa 50 vH höher, der durchschnittliche Verbrauch pro Einwohner um 30 vH. Von ganz besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Nachkriegs-Lebensstandards ist, daß die Einkommensverhältnisse besonders jener Gruppen, die vor dem Kriege den niedrig-

sten Lebensstandard aufzuweisen hatten, sich geradezu revolutionär verändert haben. Einer der wesentlichsten Faktoren der allgemeinen Wohlstandsentwicklung ist, daß es der Arbeiterregierung mit ihrer Planwirtschaft gelungen ist, seit 1945 eine absolute Vollbeschäftigung zu sichern (abgesehen von einigen Tausend von Arbeitslosen infolge klimatischer Ursachen). Niemals zuvor gab es in Norwegen so viele Beschäftigte wie heute. Alle diese Tatsachen können die kritischen Kommentatoren in den Rapporten der OEEC nachlesen.

Was sind dann die Beweggründe der Arbeiterregierung für so drastische Maßnahmen wie eine Diskonterhöhung, Investitionsabgaben oder die Erhöhung der Abgaben für Autos? In der letzten Finanzdebatte im Storting gab Ministerpräsident *Einar Gerhardsen* die Erklärung dafür: Die Ursache ist, daß Norwegen mit den vorhandenen Arbeitskräften und seiner begrenzten Valutareserve das seitherige Tempo nicht fortsetzen kann, ohne das bis jetzt Erreichte zu gefährden. Die Bruttoinvestitionen stiegen im Jahre 1954 auf 8,9 Milliarden Kronen an (1952: 7,4 Milliarden). Diese gewaltige Steigerung hat zu einem Fehlbetrag von über einer Milliarde Kronen im Außenhandel geführt und außerdem die Preisentwicklung im letzten Jahr ungünstig beeinflußt. Die Preise zogen um rund 5 vH an.

Diese Entwicklung ist es, die die Regierung veranlaßt, dem allzu großen Aktivitätsdrang der investitionsfreudigen Reeder, Unternehmer, Banken und Kreditinstitute entgegenzuwirken, um im kommenden Jahre den Fehlbetrag im Außenhandel zu halbieren, die vorhandene Valutareserve zu sichern und eine weitere ungünstige Preisentwicklung zu verhindern.

#### *Die Reaktion in den Gewerkschaften*

Nicht nur in der Arbeiterpartei, sondern auch in gewerkschaftlichen Kreisen gehen die Meinungen über die Diskonterhöhung und die übrigen Maßnahmen der Regierung weit auseinander. So trat z. B. das Hauptorgan der Arbeiterpartei, „Arbeiderbladet“, noch kurz bevor die Regierung ihre außerordentlichen Maßnahmen bekanntgab, den Forderungen der Banken und Kreditinstitute auf eine Diskonterhöhung mit folgenden Argumenten entgegen: „Wird die Kapitalrente erhöht, so werden die Darlehen teurer. Das Sparen wird sich gewiß besser lohnen, aber für diejenigen, die investieren wollen und Darlehen benötigen, entstehen höhere Ausgaben. Eine Diskonterhöhung wird jedoch nicht überall die gleiche Wirkung auslösen. Besonders die öffentlichen Investitionen, der Ausbau der Energiewirtschaft und des Wohnungswesens, die Errichtung neuer Schulen, Krankenhäuser, Kinder- und Altersheime usw. werden teurer. Aber die Wirtschaft, besonders jene, in der es nur eine geringe Konkurrenz gibt, wird die erhöhten

Unkosten leicht abzudecken wissen oder durch Preiserhöhungen auf die Konsumenten abwälzen . . .“ Mit anderen Worten: Der privatwirtschaftliche Sektor kann ruhig eine höhere Kapitalrente bezahlen, um Darlehen zu erhalten. Schwieriger wird es dagegen, die notwendigen Mittel für die öffentliche Investitionstätigkeit zu beschaffen.

In den Gewerkschaften hat man außerdem die Erfahrungen der Vergangenheit in Verbindung mit Diskonterhöhungen nicht vergessen, die fast durchweg zu einer Steigerung der Lebenshaltungskosten und zu einer Senkung des Beschäftigungsgrades geführt haben. Die bereits angemeldeten Forderungen bei den Mietpreisen bestätigen diese Erfahrung. In weiten Kreisen der Gewerkschaften und unter sozialistischen Planwirtschaftlern neigt man auch zu der Auffassung, daß eine Arbeiterregierung mit einer parlamentarischen Mehrheit im Rücken in der Lage sein müßte, inflatorischen Tendenzen mit anderen Maßnahmen entgegenzuwirken als durch die Erhöhung des Diskonts. In diesem Zusammenhang erhebt sich nämlich die Frage der Erweiterung der öffentlichen Kontrolle und des wirklichen Einflusses auf die Gesamtkreditgebung über den Rahmen der staatlichen Banken und Kreditinstitute hinaus.

Auch mehren sich die kritischen Stimmen gegen den Umfang und die Höhe der Ausgaben für militärische Zwecke, die nach der Meinung vieler eine zu große steuerliche Belastung darstellen und gleichfalls große Valutasummen auf der Importseite erfordern. Die Herabsetzung der Militärausgaben im kommenden Finanzjahr von einer Milliarde auf 942 Millionen Kronen wird als völlig ungenügend betrachtet. Um den eventuellen negativen sozialen Auswirkungen der Diskonterhöhungen entgegenzuwirken, haben die Gewerkschaften an die Regierung in erster Linie die Forderung gestellt, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Preise auf das Niveau des Ausgangspunktes der vorjährigen Tarifabkommen zurückgeführt werden, gegebenenfalls mit Hilfe der Wiedereinführung von Maximalpreisen für Konsumartikel und durch die Erweiterung der bisherigen Preiskontrolle.

Während der Finanzdebatte hat Ministerpräsident Gerhardsen, der zugleich der Vorsitzende der Arbeiterpartei und alter Gewerkschafter ist, erklärt, daß das Ziel der Arbeiterregierung und ihrer Wirtschaftspolitik auch in der kommenden Zeit die Aufrechterhaltung der Politik der Vollbeschäftigung, der erhöhten Produktion und eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes bleibe. Aber in den Gewerkschaften hat man auf jeden Fall nicht den Beifall überhört, den die Erhöhung des Diskonts in gewissen Wirtschafts- und Bankkreisen sowie in der bürgerlichen Presse des In- und Auslandes ausgelöst hat.

*Max Strobl (Oslo)*